

Aus dem Bundeshaus

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **180 (2014)**

Heft 6

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Mobile Gefechtsfeldlenkwaffe «Iskander-M» vorgesehen für konventionelle Präzisionsschläge. Bilder: RR.mil.photos

dem russischen Innenministerium unterstellt. Auffallend ist, dass in letzter Zeit vor allem die Soldaten der schnellen Eingreifkräfte mit moderner Bewaffnung und Ausrüstung, unter anderem auch mit neuen Soldatensystemen «Ratnik», ausgerüstet werden.

Nachholbedarf bei der Marine

Die nach dem Zerfall der Sowjetunion stark vernachlässigte Marine hat in den letzten Jahren wieder etwas mehr Budgetmittel erhalten. Trotz gelegentlicher Stärkedemonstration verfügen die russischen Marinestreitkräfte bis auf weiteres über eine geringe Kampfkraft. Sie haben sich in den vergangenen Jahren von einer Hochsee- eher zu einer Küstenschutzflotte entwickelt. Trotz eingeleiteter Neubeschaffungen bei den Kampfschiffen verfügt die Marine mehrheitlich über veraltetes Material. Die Anzahl operationeller russischer U-Boote ist zwischen 2002 und 2012 stark zurückgegangen; neben der Einführung von strategischen U-Booten der «Borei»-Klasse (für Nukleareinsatz) sollen aber in den nächsten Jahren nebst einigen Kampfschiffen auch neue Diesel- und nukleargetriebene U-Boote zugeführt werden. Zudem ist der Wiederaufbau und die rasche Modernisierung der Schwarzmeerflotte vorgesehen. Gemäss Planung soll bis 2030 auch ein neuer Flugzeugträger gebaut wer-

den. Allerdings hat Frankreich die Lieferung von zwei Helikopterträgern der «Mistral»-Klasse wegen der Krimkrise gestoppt, was für die Modernisierungsbestrebungen der russischen Marine nicht förderlich sein wird.

Bewertung des operativen Potentials

Das für Russland vorgesehene Wirtschaftswachstum wird dazu führen, dass auch das Verteidigungsbudget in den nächsten Jahren weiter steigen wird. Damit können dem militär-industriellen Komplex die Mittel zugeführt werden, die zur weiteren Modernisierung der Bewaffnung und Ausrüstung bei den Teilstreitkräften notwendig sind. Die heute noch in vielen Bereichen bestehende Überalterung des Waffenarsenals dürfte somit – mit allerdings weit tieferen Beständen – allmählich beseitigt werden.

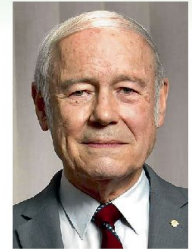
Mit dem überraschenden militärischen Einmarsch auf der Krim hat Russland nach dem Krieg gegen Georgien im Jahre 2008 ein weiteres Mal bewiesen, dass ein Einsatz der Streitkräfte zur Durchsetzung seiner Interessen nicht gescheut wird. Diese Bestrebungen werden seit einiger Zeit auch durch erhöhte Aktivitäten bei den strategischen Fliegerkräften und einem generell verstärkten Übungsaufkommen bei den Streitkräften untermauert.

Im Zusammenhang mit den Ereignissen um die Ukraine ist im Westen der Eindruck entstanden, die russischen Streitkräfte seien wieder auf dem Weg zu alten militärischen Grösse. Dieser These muss allerdings widersprochen werden. Die laufende Neuausrichtung der konventionellen russischen Streitkräfte, das heisst weg vom Massenheer nach sowjetischem Muster und hin zu flexibel einsetzbaren Verbänden, ist nicht mehr rückgängig zu machen. Erklärtes russisches Ziel ist es, nach Abschluss der Reformen bis zu drei lokale oder regionale Krisen oder kleinere Kriege gleichzeitig bewältigen zu können. Solche Konflikte drohen Russland in erster Linie im Kaukasus oder in Zentralasien. Und wie das Beispiel Krim zeigt, dürften auch in Zukunft die Streitkräfte zur Durchsetzung eigener politischer Interessen im grenznahen Ausland eingesetzt werden.

Bei einer Gesamtbeurteilung muss mitberücksichtigt werden, dass die nukleare Triade Russlands, wegen deren Prioritätensetzung bei der Finanzierung, nach wie vor eine ernsthafte und eigenständige Bedrohung darstellt. ■

Aus dem Bundeshaus

Berichtet wird insbesondere von Entscheidungen der Sicherheitspolitischen Kommissionen (SiK) des Nationalrates (NR) und des Ständerates (SR).



Botschaft vom 19. Februar 2014 zum Nachrichtendienstgesetz (14.022): Die SiK-NR nahm Kenntnis der Mitberichte der Geschäftsprüfungsdelegation, der Finanzdelegation sowie der Rechtskommission des Nationalrates. Sie lud den Bundesrat ein, zu den aufgeworfenen Punkten Stellung zu nehmen, unter anderem zur Verfassungsgrundlage für die neuen Beschaffungsmassnahmen des Nachrichtendienstes Bund (NDB). Die SiK-NR will die Koordination mit der laufenden Totalrevision des Bundesgesetzes betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF, 13.025) klären.

Die SiK-SR beantragt Zustimmung zum Bundesbeschluss über die Beschaffung von Rüstungsmaterial 2014 (14.030). Sie beantragt Nichteintreten auf den infolge einer Motion (11.4135) erstmaligen Bundesbeschluss über die Ausserdienststellung von Rüstungsmaterial 2014, weil die gesetzliche Befugnis für einen parlamentarischen Erlass zur Zeit fehle, und somit die Zuständigkeit für Ausserdienststellungen beim VBS liege (Art. 109a MG). Die SiK-SR beantragt, den Bundesbeschluss über die Verlängerung der Schweizer Beteiligung an der multinationalen Kosovo Force (KFOR) anzunehmen (13.104).

Der Bundesrat beschloss, eine Studiengruppe «Weiterentwicklung Dienstpflichtsystem» unter Leitung von alt Nationalrat Arthur Loepfe einzusetzen. Er nahm Kenntnis des Jahresberichts 2013 des Steuerungsausschusses «Nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberisiken (NCS)» sowie des Schlussberichtes «Tatbeweislösung Zivildienst». Darin schlagen Schulkommandanten vor: Keine Zivildienstgesuche während der Rekrutenschule!

Oberst Heinrich L. Wirz
Militärpublizist/
Bundeshaus-Journalist
3047 Bremgarten BE